

An den Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock
Herrn Bürgermeister Erichlandwehr

08. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates!

Die Fraktionen der CSB und der FDP beantragen gemeinsam,
der Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock möge beschließen:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, beim Start künftiger Bebauungsplanverfahren grundsätzlich und vor einer Offenlegung der Planung eine Bürgerinformationsveranstaltung für die vor Ort betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner durchzuführen.**
- 2. Die Stellungnahmen der Stadtverwaltungen zu schriftlichen Eingaben im Rahmen einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit werden den Bürgerinnen und Bürgern pro-aktiv zur Kenntnis gebracht.**

Begründung:

In der Vergangenheit ist es im Rahmen von Bebauungsplanverfahren immer wieder zu Situationen gekommen, in denen sich direkte Anwohner eines Plangebiets nicht ausreichend informiert und mitgenommen fühlten – hier und da hat das zu Frustration geführt. Üblicherweise sind die Anwohnerinnen und Anwohner nicht darüber informiert, wann die Offenlegung einer Planung beschlossen wird und sie ihre Einwendungen darlegen können.

Wir stehen für mehr Bürgerbeteiligung, mehr Transparenz und mehr direkten Austausch mit den betroffenen Menschen vor Ort. Unserer Überzeugung nach sollten beim Start von Bebauungsplanverfahren zum frühestmöglichen Zeitpunkt Bürgerversammlungen durchgeführt werden, um Fragen, Anregungen und durchaus auch Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner aufzugreifen, zu beantworten und wo immer möglich auch zu berücksichtigen. Diese Versammlungen sind unabhängig von Vorgaben eines Planverfahrens immer und grundsätzlich durchzuführen. So können viele Fragen und Einwendungen direkt im Gespräch geklärt werden und im Endeffekt auch spätere Bearbeitungsaufwände in der Verwaltung reduziert werden. Das führt zu mehr Bürgerservice.

Zudem muss ein Standard von Bürgerservice sein, dass schriftliche Eingaben von Einwohnerinnen und Einwohnern auch direkt beantwortet werden. Es reicht nicht aus, davon auszugehen, dass sich die Betroffenen selbstständig im Ratsinformationssystem die Antwort auf ihre Eingabe herausuchen. Diese Prozesse und Informationsquellen sind den Bürgerinnen und Bürgern in der Regel schlicht unbekannt. Das Mindeste ist ein pro-aktiver Verweis/Link der Verwaltung auf die entsprechenden Sitzungsunterlagen an die Personen, die eine Eingabe formuliert haben.

Mit freundlichen Grüßen

Britta Rusch
für die CSB-Fraktion

Thorsten Baumgart
für die FDP-Fraktion